

Änderungsantrag

der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, Simone Probst, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
— Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6021, 13/6025, 13/6026, 13/6027 —

hier: Einzelplan 30

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 30 07 – Energie- und Umweltforschung und -technik –
wird

1. der Titel 685 05 – Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen – um 60 000 TDM gekürzt;
2. die Titelgruppe 31 – Erneuerbare Energien, rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik – um 250 000 TDM aufgestockt;
3. in der Titelgruppe 35 – Förderung der Ökologie, Umwelttechnologie und Klimaforschung –
 - im Titel 683 50 – Ökologie, Umwelttechnologie und Klimaforschung, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben –
 - der Untertitel 1 – Ökologische Forschung – um 10 000 TDM aufgestockt,
 - der Untertitel 2.4 – Produkt- und Produktionsintegrierter Umweltschutz – um 70 000 TDM aufgestockt,
 - im Titel 892 50 – Umwelttechnologie und Klimaforschung – Investitionszuschüsse – der Ansatz um 12 000 TDM erhöht,
 - der Untertitel 2.4 – Produkt- und Produktionsintegrierter Umweltschutz – um 70 000 TDM zusätzlich aufgestockt;

4. in der Titelgruppe 43 – Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) – der Titel 89 330 – Zuschüsse für Investitionen – um die Mittel für den Bau des Fusionsexperiments Wendelstein 7X in Höhe von 37 000 TDM gekürzt.

Bonn, den 7. November 1996

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Dr. Manuel Kiper

Simone Probst

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Oswald Metzger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

1. Nachdem die Atomenergie jahrzehntelang mit Milliarden-summen von staatlicher Seite gepäpelt wurde, ist es hohe Zeit, die Forschungsförderung einzustellen. Auch das Programm zur Erforschung von Endlagern muß in seiner jetzigen Form gestoppt und neu ausgerichtet werden. Die freiwerdenden Mittel werden zugunsten der Förderung von Energiesparmaßnahmen und erneuerbaren Energien umgeschichtet.
2. Erneuerbare Energien und Einspartechiken müssen im nächsten Jahrhundert einen Großteil unseres Energieverbrauchs ersetzen, wenn die Industrieländer ihren Anteil an der notwendigen CO₂-Reduzierung leisten wollen. Deswegen ist eine verlässliche Förderung dieser Techniken auf hohem Niveau nötig.

Die Optimierung großer Kohle-Kondensationskraftwerke ist dagegen zweitrangig und muß entsprechend zurückgefahren werden.

Neben der reinen Technologieforschung müssen ergänzend Schwerpunkte gesetzt werden im Bereich der Sozialwissenschaften (Determinanten des Energieverbrauchs und Strategien zu ihrer Veränderung, technologiebegleitende Entwicklung von Aus- und Weiterbildungskonzepten).

3. Problemlösungsorientierte Umweltforschung ist notwendig, um die Kompetenz zur Bearbeitung der drängenden Umweltprobleme zu schaffen. Dazu müssen auch wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte stärker in der bisher vorwiegend naturwissenschaftlich-technisch ausgerichteten Umweltforschung verankert werden. Die Mittel für den Bereich „Ökologische Forschung“ sind um 10 000 TDM aufzustocken.

Um zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu kommen, muß der Bereich „Produkt- und Produktionsintegrierter Umweltschutz“ um 140 000 TDM aufgestockt werden. Alle einschlägigen Titel des Haushalts des Bundesministeriums für Bil-

dung, Wissenschaft, Forschung und Technologie inkl. „Produktion 2000“ sind unter dem Oberbegriff „Technologien für ein nachhaltiges Wirtschaften“ zusammenzufassen, um so eine Neuausrichtung des Etats einleiten zu können.

4. Die Fusionsforschung ist ein Relikt aus den technikeuphorischen fünfziger und sechziger Jahren. Doch trotz staatlicher Förderung von über 2 Mrd. DM konnte bis heute keine einzige Kilowattstunde Strom mit dieser Technik erzeugt werden. Die Verlagerung der Stellaratorforschung vom Standort Garching nach Greifswald und der Neubau des Großexperiments Wendelstein 7X macht erhebliche zusätzliche Finanzmittel für die deutsche Fusionsforschung erforderlich, die an anderer Stelle effektiver verwendet werden können. Diese beiden Projekte müssen deshalb aufgegeben werden. Mittelfristig muß das IPP auf einen Kern nicht-reaktorbezogener Grundlagenforschung im Bereich Plasmaphysik reduziert werden.

